

Quo vadis Europa?

Richard Schütze

Europa ist ein geistiges und kulturelles Konzept. Eine Werte- und eine Rechtsgemeinschaft. Zugleich ein Kontinent, dessen Wurzeln im Süden Teile des Nahen Ostens umfassen – Israel, das kulturprägende Zweistromland Mesopotamien und sogar Nordafrika, wenn man die Region um Hippo hinzunimmt. Dort starb im August 430 n. Chr. Augustinus, der auch der „Vater Europas“ genannt wird.

Ein Kontinent, der im Osten an den Ural grenzt und nach Asien übergeht. Der Grieche „Alexander der Große“ drang mit seinem damaligen Weltreich sogar noch weiter nach Osten vor. Im Norden tangiert Europa den Polarkreis.

Das europäische Konzept baut auf drei Säulen: Der griechischen Philosophie mit ihrem Bestreben nach rationaler Erkenntnis, dem jüdisch-christlichen Monotheismus mit den Offenbarungen des Alten und Neuen Testaments sowie der römischen Rechtsidee des „Status Iustitiae“, der Herstellung eines Zustandes von Recht und Gerechtigkeit. Athen, Jerusalem und Rom sind die Wiegen der europäischen Kultur. Und befruchten und inspirieren nach wie vor andere Kulturräume in aller Welt. Denn Europa hatte und hat weiterhin Strahlkraft.

Wie in einem Brennglas sind in Europa alle für die Geschichte der Menschheit und die Geschehnisse der Völker in den vergangenen zwei oder drei Jahrtausenden bedeutsamen Ideen und Ideologien entwickelt worden: Vom platonischen bis zum kantianischen und hegelianischen Idealismus, vom aristotelischen Realismus bis zum Juden- und Christentum, von der Aufklärung und französischen Revolution bis zum materialistisch-kollektivistischen Marxismus. Und auch der Rassismus, Faschismus und Kommunismus hatten leider in Europa Wurzeln und alle Menschlichkeit ins Gesicht geschlagen.

Immer ging und geht es um die entscheidenden Fragen: Was und wer ist der Mensch? Was ist der Ursprung der Welt? Wozu gibt es die Welt? Was ist der Sinn des Lebens? Oder nach Kant: Was kann ich wissen, was soll ich tun, was darf ich hoffen? Und: Was sind, was sollen, was können und was dürfen ein Staat oder ein Staatenbund?

Das zentrale Fundament der europäischen Idee ist der Begriff der menschlichen Person. Dieser Begriff umfasst weit mehr als ein

gesellschaftliches Konstrukt von autonomen Individuen oder eine kollektivistische Vergesellschaftung aller Menschen in einer Klasse oder Rasse. Vielmehr besitzt jeder Mensch eine einzigartige Individualität und ist ebenso in seinem innersten Sein auf andere Menschen und deren Solidarität angewiesen. Jede und jeder sehnt sich nach Geschwisterlichkeit und Liebe. Wir brauchen einander und wir sind in der Lage, einander zu dienen und Leistungen für Staat und Gesellschaft zu erbringen. Die menschliche Sozialnatur ist existenziell. Aber die menschliche Person ist zugleich auch ein Kind, geboren in eine Welt, die nicht aus sich selbst stammt. Sondern geschaffen worden ist. Der Mensch ist voll Sehnsucht und Verlangen, unsterblich zu sein, ewig zu leben und zu lieben. Dieser Bezug zu Gott, dem Schöpfer aller Dinge, ist die in der Geistseele des Menschen fundierte transzendente Natur und damit die dritte Komponente, die dritte Natur der menschlichen Person.

Auf diesem Begriff der menschlichen Person bauen die unverfügbare Menschenwürde und die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität auf, die in vielen europäischen Verfassungen verankert sind. Freiheit und Toleranz bedingen einander. Europa ist offen für neue Ideen, für wissenschaftliche Erkenntnisse, für Integration und auch den Austausch mit anderen Kulturen wie bspw. dem Islam. Wer in Europa eine Heimat finden will, der muss sich auch auf dem Fundament dieses Wertekanons „beheimaten“ und „einbürgern“. Toleranz bedeutet, die Existenz anderer Menschen und Kulturen, wenn diese gewaltfrei gesinnt beziehungsweise demokratisch verfasst sind, zu akzeptieren und andere Meinungen und Anschauungen auszuhalten.

Der Begriff der menschlichen Person und ihrer Würde ist auch die Grundlage der Christlichen Soziallehre, die neben den zitierten Werten als ein kardinales Prinzip die Subsidiarität hervorhebt.

Das ist auch unsere Aufgabe als „Bund Katholischer Unternehmer“, die Grundlagen und Prinzipien der Christlichen Gesellschaftslehre in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu verdeutlichen und die sozialmarktwirtschaftliche Ordnung in der Kirche präsent und damit bewusst zu machen.

In „Wikipedia“ heißt es u.a.:

„Subsidiarität ist die größtmögliche Selbstbestimmung und Eigenverantwortung des Individuums, der Familie oder der Gemeinde, soweit dies möglich und sinnvoll ist. Das Subsidiaritätsprinzip besagt, dass staatliche oder suprastaatliche Institutionen nur dann regulativ eingreifen sollten, wenn die Möglichkeiten des Einzelnen, einer

kleineren Gruppe oder einer niedrigeren Hierarchie-Ebene allein nicht ausreichen, eine bestimmte Aufgabe zu lösen. Anders gesagt bedeutet dies, dass die Ebene der Regulierungskompetenz immer ‚so niedrig wie möglich und so hoch wie nötig‘ angesiedelt sein sollte.

Das Subsidiaritätsprinzip ist ein wichtiges Konzept für föderale Bundesstaaten wie Deutschland, Österreich, die Vereinigten Staaten oder die Schweiz sowie für föderale Staatenverbände wie die Europäische Union. Es ist auch zentrales Element des ordnungspolitischen Konzepts der sozialen Marktwirtschaft.“

Auf dem Konzept der Christlichen Gesellschaftslehre beruht demnach auch die Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft. Ein freier Austausch von Waren, Gütern und Dienstleistungen setzt einen fairen Wettbewerb, so viel Freiheit und Eigenverantwortung wie möglich und so wenig Regulierung wie nötig voraus. Das Privateigentum an Konsumgütern und besonders auch an Produktionsmitteln sowie das freie Unternehmertum sind geradezu konstitutiv für eine funktionierende und einen „Wohlstand für alle“ (Ludwig Erhard) produzierende marktwirtschaftliche Ordnung.

Aus der Idee des christlich geprägten Abendlandes sind nach dem 2. Weltkrieg zunächst mit dem Vertrag zur Gründung der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ die sogenannte Montanunion (1951), sodann die „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ (EWG, siehe die „römischen Verträge“ von 1957) und nach dem Ende des Kalten Krieges und des Kommunismus in Europa die „Europäische Union“ (EU) entstanden. In Artikel 3 b des „Vertrags von Maastricht“ (1992) wird das erwähnte Subsidiaritätsprinzip ausdrücklich hervorgehoben. Am 1. Mai 2004 sind auch Estland, Lettland, Litauen, Malta, die Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern und auch Polen der EU beigetreten. Das als EU verfasste Europa wollte eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und eine gemeinsame Innen- und Justizpolitik betreiben sowie eine Wirtschafts- und Währungsunion anstreben.

Doch heute steckt das als Staatenbund verfasste EU-Europa in einer Krise – siehe den BREXIT. Die Schweiz ist fast froh, obgleich im Zentrum des geografischen Europas gelegen, der EU doch nicht anzugehören. Innerhalb der EU gibt es Konflikte in der Migrations-, Innen- und Rechtspolitik; aber auch in der Währungs- und Wettbewerbspolitik gibt es ein unterschiedliches Verständnis betreffend eine richtige und sachgemäße Politik in wichtigen Mitgliedsstaaten. Viele Länder, wie bspw. Polen und Ungarn, sehen sich von Frankreich und insbesondere auch von Deutschland sowie der Brüsseler EU-Kommission dominiert.

Man beanstandet, dass das europäische Motto „in Vielfalt geeint“ mehr und mehr auf eine in den EU-Verträgen nicht angelegte Bundesstaatlichkeit hinausläuft als auf ein „Europa der Nationen und Vaterländer“, wie Charles de Gaulle und Robert Schuman es wollten; zu wenig werden die nationale Eigenständigkeit und kulturelle Souveränität der Mitgliedsstaaten respektiert.

Von außen drängen ein in Teilen expansiver und aggressiv fundamentalistischer Islamismus mit einer Vor-Augustinischen Verquickung von Staat und Religion und ein militärisch und wirtschaftlich ungleich noch mächtigerer chinesischer Kollektivismus nach Europa vor. Mit dem Rechtssystem der Scharia und der Herrschaft der Mullahs und Ayatollahs institutionalisiert dieser Islam eine neue Polit-Theokratie. China hat einen staatsmonopolistischen Kapitalismus etabliert, der als oligarchisch gelenkte Polit-Ökonomie Freiheits- und Grundrechte, aber auch Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit sowie die Garantie von geistigem Eigentum oder auch die Fairness im Wettbewerb vermissen lässt. Hinter diesen beiden Bedrohungen lauert ein totalitäres Menschenbild, das die Schaffung eines neuen kollektivistisch vereinnahmten Menschen mit einem neuen Bewusstsein zum Ziel hat.

Zuletzt hatte Europa sich von dem Totalitarismus der Nazi-Diktatur und des Sowjetkommunismus befreien müssen; nun steht es erneut vor der Frage, wie es mit diesen neuen diktatorisch regierenden totalitären Regimen und den entsprechenden Herausforderungen umgeht.

Hinzu kommt eine von den mitteleuropäischen Ländern wie den Balten, Polen, Bulgaren und Ungarn empfundene militärische Bedrängnis durch Russland, das den Verlust seiner Vasallen-Staaten noch immer nicht verwunden und auch einen Puffer gen Westen nach den napoleonischen und Hitler'schen Attacken für notwendig hält.

Um die geistige und nachfolgend auch wirtschaftlich-innovatorische, militärische und kulturelle Kraft aufzubringen, diesen äußeren Bedrohungen zu widerstehen, muss Europa sich im Inneren seiner eigenen Identität neu vergewissern. Dazu bedarf es einer Renaissance des europäischen Bewusstseins und der europäischen Wertekultur.

Im Inneren aber ist Europa infiziert von der Gender-Ideologie, nach der jeder Mensch sich unabhängig von naturwissenschaftlichen Befunden

eine eigene geschlechtliche Identität geben kann und soll, die die „Mathematik der Biologie“ negiert. Auch die Begriffe von Ehe und Familie verschwimmen mehr und mehr. Eine „Ehe für alle“ macht im Endeffekt auch eine polygame Verbindung mit mehreren Partnern verschiedenen Geschlechts möglich. Und die Corona-Krise hat als ein Ergebnis, dass die politischen Institutionen sich mehr und mehr ermächtigt sehen, die Wirtschaft zu dominieren und sich in deren Belange einzumischen, die Reise- und Bewegungsfreiheit der Bürger auch mit Ausgangssperren zu beschränken und deren Grundrechte immer mehr einzuschränken. Die Meinung macht sich breit, die Freiheit werde den Menschen von Staats wegen zugestanden. Mit einer zunehmenden Verschuldung der öffentlichen Haushalte und dem Drang, immer neue Steuern und Abgaben zu erheben, werden auch die Handlungsspielräume der privaten Haushalte zunehmend eingeschränkt.

„Nach der Pandemie ist vor der Klimakatastrophe“ – unter diesem Motto sehen sich vor allem grüne Parteien, aber auch manche exekutiven Organe auf nationaler und europäischer Ebene zunehmend ermächtigt, die in vielen Ländern Europas bereits geltenden Notstandsregelungen weiter fortzuschreiben.

Der Staat aber darf seine Funktion und Aufgabe nicht als ein innerweltlicher Heilsbringer verstehen, so sehr er sich auch nach der Inspiration der Gründungsväter der europäischen Einigung wie Robert Schuman, Konrad Adenauer, Charles de Gaulle und Alcide de Gasperi für den Wohlstand aller Bürger Europas mit in der Pflicht sieht.

„Quo vadis Europa?“ intendiert also die Aufforderung, dem Totalitarismus von außen und von innen zu widerstehen und mehr der Freiheit der aufgeklärten europäischen Bürger als verantwortlich handelnden menschlichen Personen zu vertrauen. Toleranz heißt, sich in der europäischen Staatengemeinschaft nicht wechselseitig zu bevormunden und mit einem moralischen Impetus zu belehren. Gerade uns Deutschen steht das nach den Erfahrungen des vergangenen Jahrhunderts nicht gut zu Gesicht. Ein ehrlicher und respektvoller Dialog der Europäer sollte von Fairness, gegenseitigem Verständnis und dem Willen zur Wahrheit geprägt sein. Dann kann Europa für die Welt auch weiterhin eine Fackel der Freiheit und der Gerechtigkeit sein.